

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Dr. Axel Troost, Werner Dreibus, Ulla Lötzer, Ulrich Maurer und der Fraktion DIE LINKE.

zur Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister der Finanzen zur Lage der Finanzmärkte

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die im Sommer von den USA ausgegangene weltweite Finanzkrise nimmt immer dramatischere Züge an. Nach Auffassung namhafter Finanzmarktexperten sind wir Zeitzeuge der schwersten Finanzkrise seit der Großen Depression.

Der Krisenverlauf sieht aus wie das Spiel mit Dominosteinen: Zuerst sind es notleidende Hauskredite, dann säumige Auto- und Kreditkartenkredite, dann der Interbankenzahlungsverkehr, der komplett zum Erliegen kommt, dann trifft es die Kreditversicherer (sog. Monoliner), es folgt der Zusammenbruch der 6 Bio. US-Dollar schweren Hypothekenvermittler Fannie Mae und Freddy Mac, zuletzt kommt es zum massenhaften Abzug von Anlegergeldern aus Geldmarktfonds. Eine Feuerwehreaktion der Notenbanken jagt die nächste: Zinssenkungen, Liquiditätsspritzen in dreistelliger Milliardenhöhe und direkter Aufkauf von Banken und minderwertigen Anleihen und Krediten. Die nachhaltige Stabilisierung des internationalen Finanzsystems blieb allerdings bislang aus.

Die vorläufig letzte Etappe ist die Zuspitzung auf dem Markt der hochriskanten, aber renditeträchtigen Wertpapiere über Kreditversicherungen (Credit Default Swaps – CDS), der in wenigen Jahren auf ein Volumen weltweit von 62 000 Mrd. US-Dollar geradezu explodiert ist und der den Kollaps von Lehman Brothers Inc. und die Verstaatlichung der größten Versicherungsgesellschaft der Welt AIG ausgelöst hat. Wann diese Kettenreaktion ein Ende nimmt, ist nicht absehbar. Ob das Rettungspaket der Finanzspritze der US-Regierung von 700 Mrd. US-Dollar bei weiter anhaltender Immobilienkrise, weiter fallenden Häuserpreisen und damit anhaltendem Verfall der hypothekenbesicherten Papiere den Durchbruch bringt, ist völlig offen.

Die Krise muss eingebunden werden in die Finanzabhängigkeiten der USA. Die USA sind weltweit mit über ca. 9 Bio. US-Dollar verschuldet. Hauptgläubiger sind asiatische und arabische Länder, allen voran China, die mehr als 1,5 Bio. US-Papiere in Dollar halten. Auch hier liegt ein erhebliches Risikopotential, sollte etwa China oder Japan bei einem anhaltenden Verfall des Dollars ihre Dollar abstoßen. Die Finanzspritze von 700 Mrd. US-Dollar wird nicht ohne Folgen für den Dollarkurs bleiben. Die Risiken an der Währungsfront sind offensichtlich.

Deutschland ist keine Insel der Seligen. Deutsche private und öffentliche Banken waren aktive Spieler im Renditepoker um Kreditverbriefungen, CDS etc. Sie haben zu dem Sittenverfall bei der Kreditvergabe (Kreditverkauf ohne Unterlegung von Eigenkapital, Handel mit CDS und mit von der Fachwelt heute

als Giftmüll bezeichneten Kreditderivaten), den im Übrigen der Chef der US-Notenbank Bernanke bereits im Frühjahr 2007 anprangerte, nach Kräften beigetragen. Die Deutsche Industriebank AG (IKB) und die SachsenLB mussten vor dem Bankrott gerettet werden, mehrere Institute sind in den Lehman-Kollaps verwickelt, allein die Allianz mit 400 Mio. Euro, der bayerische Finanzminister Erwin Huber muss über die BayernLB mindestens 350 Mio. Euro abschreiben. Die Verluste der Landesbanken in Zusammenhang mit dem Lehman-Bankrott werden auf 1,7 Mrd. Euro (Stand 22. September 2008) geschätzt. Zusammen mit WestLB, LBBW, HSH Nordbank und BayernLB werden die Verluste deutscher Landesbanken aus den Engagements in riskanten Wertpapiergeschäften zurzeit auf 15 Mrd. Euro taxiert. Deutschland ist von der Finanzkrise massiv betroffen. Dies gilt auch für große Versicherungsgesellschaften und von ihnen verwaltete Lebensversicherungen.

In engem Zusammenhang mit der Finanzkrise ist es in einem ungewöhnlich kurzen Zeitraum weltweit zu einem Umschlag von Aufschwung in Abschwung gekommen. Heute sind in Japan, Großbritannien, Spanien und Irland deutlich rezessive Tendenzen festzustellen, in den USA ist jüngst die Arbeitslosigkeit stark angestiegen. In Deutschland spricht die Bundesregierung erstmalig davon, dass der Abschwung eingesetzt hat; nach noch nicht bestätigten Meldungen reduziert sie für 2009 die Wachstumserwartung von 1,2 auf 0,5 Prozent. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Prognose deutlich abgestuft, das Kieler Institut für Weltwirtschaft sagt für 2009 für Deutschland ein Wachstum von nur noch 0,2 Prozent und ein Nullwachstum für die Eurozone voraus. Der vielgepriesene Aufschwung – angeblich der Agenda 2010 geschuldet – ist verpufft, die Hoffnung auf einen ausgeglichenen Bundeshaushalt verliert ihre Grundlage.

Verantwortung der Bundesregierung

Nachdem die Bundesregierung lange Zeit verkündete, Deutschlands Konjunktur sei robust und im Gegensatz zu anderen Ländern der EU von der Finanzkrise nicht oder nur gering betroffen, erklärt der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, nun, die Finanzkrise sei „das größte konjunkturelle Risiko für die deutsche Volkswirtschaft“. Von eigener Verantwortung ist dabei keine Rede. Dabei hatte die Bundesregierung hartnäckig die Exportabhängigkeit der Wirtschaft erhöht und Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage durch mehr Massenkauftkraft und Investitionsprogramme abgelehnt, stattdessen zur Lohndrift nach unten über Hartz IV und den dadurch geförderten Niedriglohnsektor beigetragen.

Den gleichen sog. Persilschein stellt sie sich zu den Turbulenzen im Bankenbereich aus. Wenn der Bundesminister der Finanzen die „Gier der Banken“ als Hauptverantwortliche ausmacht, verschiebt er nicht nur die Probleme auf eine persönliche Ebene. Er blendet aus, dass die Bundesregierung durch zahlreiche gesetzliche Liberalisierungen des Kapital- und Interbankenverkehrs zur Entstehung des „Schattenbanksektors“ (so frühere europäische Premierminister, Kanzler und EU-Kommissionspräsidenten in einem offenen Brief an José Barroso) und zur „Bankengier“ beigetragen hat: so z. B. durch Zulassung von Zweckgesellschaften, Verkauf von Kreditverträgen an Nicht-Banken, Gewerbesteuerfreiheit von Zweckgesellschaften, Hedge- und Private-Equity-Fonds und durch Förderung des Erwerbs von Hedgefonds durch Lebensversicherungen und Pensionsfonds. Die Bundesregierung hat über die Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe (und vermittelt über die IKB) bei der Lancierung der Spekulation mit Kreditverbriefungen in Deutschland eine Vorreiterrolle gespielt.

Indem die Bundesregierung sich jeglicher Verantwortung entledigt, betreibt sie eine bewusste Irreführung des Deutschen Bundestages und der Bevölkerung. Es ist unredlich, jahrelang das Lied der freien Kapitalmärkte, der Deregulierung und der freiwilligen Selbstheilung zu singen und nun – wie die Bundeskanzlerin –

die Verantwortung für den Scherbenhaufen den angelsächsischen Ländern zuzuschreiben, auch wenn diese sicherlich Hauptpromoter der Deregulierung waren. Von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD und der Bundesregierung wurden lange Zeit Maßnahmen zu schärferer Regulierung strikt abgelehnt und stattdessen die Forderung des G8-Gipfeltreffens nach mehr Transparenz und freiwilliger Selbstheilung propagiert. Noch letztes Jahr hatte Peer Steinbrück die Regulierung von Hedgefonds als „nicht realistisch“ abgetan, einen Monat nach Ausbruch der Finanzkrise zitiert das „Handelsblatt“ am 19. September 2008 den Bundesminister mit den Worten, „es gehe ihm nicht um rechtliche Regulierung, sondern um Verabredungen“, im Dezember ist im gleichen Blatt zu lesen: „Bundesfinanzminister Peer Steinbrück torpediert die Pläne für eine Harmonisierung der europäischen Finanzmarktaufsicht.“

Seit kurzem nun erwärmt sich auch die Bundeskanzlerin für staatliche Eingriffe, der Bundesminister der Finanzen verkündet plötzlich, die freien Kräfte des Marktes könnten die Krise nicht richten. Beide bleiben jedoch bei der neoliberalen Grundauffassung, dass bei globalisierten Märkten eine Nation allein nichts machen kann und verstecken sich hinter der Europäischen Union und internationalen Vereinbarungen. Noch im März dieses Jahres hatte Peer Steinbrück rein nationale Maßnahmen als „totale Schwächung des deutschen Finanzdienstleistungssektors“ abgelehnt und dies in eklatantem Gegensatz z. B. zu den nationalen Alleingängen Spaniens in diesem Bereich.

Die Bundesregierung springt mit ihrer Kritik am freien Spiel der Marktwirtschaft – sehr spät – auf einen Zug, der die Medien und die öffentliche Diskussion immer stärker durchdringt. Die „Frankfurter Rundschau“ spricht davon, der Glaube an die Überlegenheit freier Märkte sei erschüttert, laut „Süddeutsche Zeitung“ zerlegt sich der Turbokapitalismus gerade selbst. Ein System, das nach dem Prinzip funktioniert, „solange die Musik spielt, müssen wir tanzen“ (so der frühere Chef der Citigroup Chuck Prince im Juli letzten Jahres), ist nicht überlebensfähig. Wenn alle um das goldene Kalb der Renditemaximierung tanzen, wohl wissend, dass der Tanz demnächst in den Abgrund führt, muss die Reißleine gezogen werden.

Die Unterwerfung unter die Zwänge der Globalisierung und ihr aktiver Ausbau – Markenzeichen der Politik der Bundesregierungen der letzten 20 Jahre und die die Grundmaxime der Agenda 2010 darstellte – ist mit der Realität nicht mehr kompatibel und wird von immer weniger Menschen in aller Welt akzeptiert. Das internationale Finanzsystem wird immer mehr zu einem weltweiten Casino in der Hand spekulationsgetriebener institutioneller Finanzakteure und ist in der jetzigen Form nicht tragfähig. Radikale Schritte zu seiner Reform sind überfällig, schnellstes Handeln ist angesagt. 1996 hatte der damalige Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer den Politikern ins Stammbuch geschrieben, ihnen sei nicht klar, „wie sehr sie bereits unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden“. Joseph Fischer hatte als Mitglied der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung den Delegierten des ver.di-Kongresses entgegengehalten: „Ihr glaubt doch nicht, ihr könntet Politik gegen die internationalen Finanzmärkte machen.“

Heute steht fest: Die Politik muss wieder die Kontrolle über die Finanzmärkte zurückerobern. Die Bundesregierung muss schleunigst Anstrengungen unternehmen, das Diktat der Finanzmärkte zu durchbrechen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dem Deutschen Bundestag umgehend vorzulegen:

- einen Bericht über die Auswirkungen der Finanzkrise auf Deutschland, inklusive der Folgen der in Deutschland durchgesetzten Deregulierungsmaßnahmen für die Erschütterung des deutschen Kreditwesens;

- ein Maßnahmenpaket zur Beschlussfassung mit folgenden Schwerpunkten:
 1. auf nationaler Ebene:
 - Einbeziehung der Kreditinstitute in die Finanzierung staatlicher Rettungspakete,
 - Verschärfung der Eigenkapitalunterlegung außerbilanzieller Kreditgeschäfte, Bilanzierung von Zweckgesellschaften,
 - Unterwerfung des gesamten sog. Sekundärkredithandels (Kreditverbriefungen, Verkauf von Kreditverträgen) sowie heimischer Hedgefonds und des CDS-Handels unter die Finanzaufsicht, Einführung eines Kreditregisters,
 - dauerhaftes Verbot von Leerverkäufen, drastische Reduzierung der Kreditfinanzierung (Leverage) beim Kauf von Wertpapieren und Unternehmensbeteiligungen,
 - Verbot von Transaktionen mit Off-shore-Finanzzentren – Einführung von Kapitalverkehrskontrollen und einer Finanztransaktionssteuer, in der die Börsenumsatzsteuer und die sog. Tobin-Steuer zusammengefasst sind,
 - Verbot der Investition von Pensionsfonds und Lebensversicherungen in Hedgefonds, CDS-Geschäfte, Private-Equity-Unternehmen und Währungen, Rückbau der Privatisierung der Alterssicherung,
 - Verschärfung der Haftungspflicht für Bankmanager und Mitglieder der Kontrollorgane,
 - stärkere Besteuerung leistungsloser Einkommen (Erbschaften und große Vermögen),
 - Stärkung der Binnenwirtschaft, unmittelbar über ein Kurzfristprogramm durch Förderung öffentlicher Investitionen und von Massenkauftkraft durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns sowie die Erhöhung von Arbeitslosengeld II und Kindergeld,
 - Entwicklung einer wirtschafts- und finanzpolitischen Widerstandslinie gegen Deregulierungsmaßnahmen der USA und Großbritanniens;
 2. Initiativen der Bundesregierung auf internationaler Ebene für:
 - die Schaffung einer europäischen Finanzaufsicht,
 - die Gründung einer europäischen öffentlichen Ratingagentur, die über einen von der Privatwirtschaft gespeisten Pool finanziert wird und keine Beratungsgeschäfte durchführt,
 - die Novellierung des Basel-II-Regelwerks mit dem Ziel stärkerer Eigenkapitalunterlegung von Risiken,
 - den Um- und Ausbau der Aufsichts- und Präventivfunktionen internationaler Finanzinstitutionen,
 - die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen im Rahmen der Kompetenzen des Internationalen Währungsfonds,
 - die stärkere Koordinierung der Weltwährungen mit dem Ziel der Etablierung von Währungszielzonen bzw. Festkursen zwischen US-Dollar, Euro, Yen und Yuan.

Berlin, den 23. September 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion